



Das deutsche Missverständnis um den Freistaat Sachsen

Kritische Reflexionen und Erwidern auf die Polemiken gegen die sächsischen Bürger

Anton Sterbling

Ausgeprägtes regionales Identitätsbewusstsein: Die wiederaufgebaute Frauenkirche in Dresden
© Wikimedia

Mit einem Befremden nehmen Kenner der Verhältnisse seit einiger Zeit die mittlerweile regelmäßig wiederholte und nicht selten polemisch zugespitzte Aussage von der „Andersartigkeit“ oder gar „Devianz“ des Freistaates Sachsen und seiner Bürger im bundesdeutschen Kontext in den öffentlichen und politischen Diskussionen zur Kenntnis. Dabei wird vor allem auf eine besonders stark ausgeprägte Neigung zu rechtsextremistischen wie auch fremdfeindlichen Denk- und Verhaltensweisen und eine weitreichende diesbezüglichen Resonanz und Akzeptanz in der Bevölkerung dieses Bundeslandes und selbst bei staatlichen Funktionsträgern angespielt. So hat der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Dr. Anton Hofreiter, am 24. Februar 2016 im Bundestag, unter Bezugnahme auf die unmittelbar davor erfolgten Geschehnisse in Clausnitz

und Bautzen, nicht nur den Vorwurf erhoben, Täter „waren der braune Mob, aber die Polizisten vor Ort haben die Schutzbedürftigen nicht ausreichend vor dem braunen Mob geschützt“, sondern er hat dem noch eines polemisch und denunziatorisch draufgesetzt und im Hinblick auf die Polizei von „einem Fall von institutionalisiertem Rassismus“¹ gesprochen. Dem fügte er des Weiteren hinzu, dass man in Sachsen „auf eine 25-jährige Geschichte der Verharmlosung, des Abstreitens und des Wegschauens im Umgang mit Rechtsextremismus“ zurückschauen, und er gab der CDU und der Landesregierung dafür eine gehörige Mitschuld.² Diese Äußerungen haben in der sächsischen Polizei und sicherlich auch darüber hinaus großes Befremden und Empörung ausgelöst und wurden auch von der Gewerkschaft der Polizei entschieden zurückgewiesen.

1 „Rassismus“ und „institutionalisierter Rassismus“ zählen in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zu den beliebtesten und mit am häufigsten verwendeten linken Kampfbegriffen, wobei dahinter in der Regel weder eine ideengeschichtliche Kenntnis, noch ein elaborierteres Verständnis rassistischer Theorien und Ideologien zu erkennen ist. Siehe zur Kenn-

Wie bei vielen durch die verstärkende und nicht selten auch verzerrende Wirkung der Massenmedien³ oft krass und einseitig dargestellten Dingen gewannen auch in diesem Falle und in anderen Fällen die medialen Projektionen rasch den Stellenwert von Selbstverständlichem und kaum noch Hinterfragbarem. Ist dies aber tatsächlich so, wie vermeint und immer wieder medial bekräftigt? Was ist an den öffentlich zirkulierenden Vorstellungen über Sachsen und seine Bürger zutreffend und mithin auch sozialwissenschaftlich begründbar, was ist daran politische und mediale Übertreibung oder Erfindung und daher kritisch entschieden zurückzuweisen?

In diesem essayistischen Beitrag soll auf diese Frage in drei Gedankenschritten geantwortet werden. Zunächst soll unter Heranziehung eigener empirischer Untersuchungsergebnisse an einige sozialdemographische und sozialstrukturelle Gegebenheiten und Entwicklungen erinnert werden. Sodann sind einige Aspekte der „kollektiven Identität“ anzusprechen, die zu erklären verhelfen, warum und in welchem Maße die Bevölkerung in Sachsen graduell etwas wertkonservativer als in vielen anderen Bundesländern ist. Dabei soll dargelegt werden, dass dies zugleich deutlich von rechtsextremistischen Erscheinungen, die es in Sachsen auch und wahrscheinlich auch vermehrt gibt, abzugrenzen ist.

Diese gut begründbare und notwendige Abgrenzung wird in den gegenwärtigen politischen und medialen Diskussionen allerdings zu wenig beachtet, ja geradezu bewusst oder unbewusst verwischt, so soll dargelegt werden. Der allgemeine Kontext, der diese Missverständnisse oder unzureichenden Differenzierungen erklärbar macht, geht auf in Deutschland besonders deutlich ausgeprägte ideologisch und interessenbedingt begründete Angriffe auf den herkömmlichen „Nationalstaat“ zurück, die gerade in der letzten Zeit an Intensität zugenommen haben. Diese Bestrebungen wie auch massive Gegenbewegungen dazu erhielten insbesondere durch die gegenwärtig in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen gerückte „Zuwanderungsproblematik“⁴ eine starke zusätzliche gesinnungsethische und emotionale Aufladung, die es in den Erklärungen zu berücksichtigen gilt.

Einige sozialstrukturelle Anmerkungen

Der Freistaat Sachsen ist historisch eine hochindustrialisierte Region Europas mit einem ausgeprägten soziokulturellen Selbstbe-

wusstsein und einer entsprechend konturierteren Eigenidentität. Sozialstrukturell, wenn man die sozioökonomischen Lagen, die sozialen Beziehungen und typischen Vergesellschaftungsformen wie auch das soziale Bewusstsein etwas genauer in den Blick nimmt, sind seit der deutschen Wiedervereinigung wirtschaftsstrukturelle Modernisierungs- und Anpassungsvorgänge und sozialstrukturelle und sozialdemographische Wandlungsprozesse in deren Folge festzuhalten, die insbesondere in ländlichen Randgebieten, wie etwa der Oberlausitz,⁵ zu kontinuierlichen und zugleich sozial selektiven Abwanderungen und entsprechend tiefgreifenden Veränderungen der Altersstruktur geführt haben. Die Tatsache, dass stets vorwiegend jüngere und besser qualifizierte Bevölkerungsgruppen abwanderten, hat erhebliche Auswirkungen, wie sich auch in unseren eigenen Studien zeigte.⁶ Neben dem Bevölkerungsrückgang und dem fortschreitenden Alterungsprozess der Bevölkerung lässt sich beispielsweise in der Untersuchung von Hoyerswerda 2008, nicht aber in den Untersuchungen in Görlitz oder im Landkreis Görlitz 2014 erkennen, dass die jüngeren Altersgruppen signifikant schlechtere Bildungsabschlüsse als die älteren aufweisen und zugleich deutlich europakritischer als andere Altersgruppen erscheinen.⁷ Beides ist eher unerwartet, aber wohl dadurch zu erklären, dass es sich bei den weniger mobilen Angehörigen dieser Altersgruppen gleichsam um Teile jener Bevölkerungskreise handelt, die man hier wie in anderen Teilen Sachsens, Ostdeutschlands oder auch Osteuropas als Verlierer der Modernisierungs-, Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse betrachten kann.⁸ Diese jüngeren und älteren, zumeist männlichen „Verlierer“ des Systemwechsels und seiner Folgeprobleme wirken nicht nur sozial depriviert und mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden, nicht nur politisch enttäuscht oder desinteressiert, sondern bilden auch einen wichtigen Teil des zum ideologischen Extremismus und Aktivismus neigenden Potenzials, wobei sich hier sowohl rechtsextremistische wie auch links-extremistische Gesinnungen und Handlungstendenzen finden.

Es gab und gibt in Sachsen, einschließlich der ländlichen Räume und nicht zuletzt in den grenznahen Randgebieten durchaus auch binnendeutsche und grenzüberschreitende Zuwanderungen. Dennoch blieben diese zumeist recht begrenzt und der Anteil der zugewanderten wie auch der ausländischen

zeichnung des Rassismus als Ideologie auch: Dumont, Louis: Individualismus. Zur Ideologie der Moderne, Frankfurt am Main/New York 1991. Auch der Begriff der Institutionen wird oft ohne geringsten analytischen Sachverstand verwendet. So stellt sich die Formulierung „institutionalisierter Rassismus“ auch häufig, wie im vorliegenden Verwendungszusammenhang, als weitgehend unreflektierter, polemischer Kampfbegriff dar.

- 2 Siehe dazu: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Übergriffe von Clausnitz und Bautzen verurteilt, online unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw08-vereinbardebate-clausnitz/409832> (Abgerufen: 11.6.2016).
- 3 Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: Anmerkungen zur „Informationsgesellschaft“, in: Sterbling, Anton: Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen, Hamburg 1991, S. 292-313.
- 4 Siehe auch: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock. Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016.
- 5 Siehe dazu auch: Napp, Thomas u.a. (Hrsg.): Zwischen Neiße, Schöps und Spree. Der Landkreis Görlitz, Görlitz 2011.
- 6 Es handelt sich um einer Reihe von bisher sieben, auf Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda, Görlitz und im Landkreis Görlitz zwischen 1988 und 2014 durchgeführte Untersuchungen zur Lebensqualität und subjektiven Sicherheit, auf deren empirische Befunde ich mich stütze. Dazu liegt eine Vielzahl von Veröffentlichungen vor. Siehe vor allem: Sterbling, Anton: Sicherheit und Lebensqualität im Landkreis Görlitz. Ergebnisse einer Bürgerbefragung, Rothenburg/Oberlausitz 2015.
- 7 Siehe dazu eingehender: Sterbling, Anton: Rechtsextremismus. Ursachen, lokale Aspekte und Handlungsmöglichkeiten, in: Sterbling, Anton: Verwerfungen in Modernisierungsprozessen. Soziologische Querschnitte, Hamburg 2012, S. 47-69, insb. S. 53 ff.
- 8 Siehe auch: Vobruba, Georg: Die Dynamik Europas, Wiesbaden 2005.

- 9 Der Ausländeranteil im Freistaat Sachsen beträgt rund 3 bis 4 Prozent. Siehe dazu auch: Vogt, Matthias Theodor/Sokol, Jan/Bingen, Dieter/Neyer, Jürgen/Löhr, Albert (Hrsg.): *Minderheiten als Mehrwert*, Frankfurt am Main 2010.
- 10 Siehe Etzioni, Amitai: *Die aktive Gesellschaft*, Opladen 1975.
- 11 Siehe vor allem Sterbling, Anton: *Sicherheit und Lebensqualität im Landkreis Görlitz. Ergebnisse einer Bürgerbefragung*, Rothenburg/Oberlausitz 2015, insbesondere S. 238 ff. und S. 242 ff.

Bevölkerung erscheint relativ niedrig.⁹ Die Vertrautheit mit Zugewanderten ist eher gering, die Erfahrungen im Verhältnis zu diesen bleiben eher ambivalent.

Zu den Sozialbeziehungen und zur sozialen Integration konnten wir in allen Untersuchungen daher auch feststellen, dass die befragten Bürger zumeist über eine Vielzahl enger Verwandtschaft-, Freundschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen vor Ort berichten, und dass vor allem eine hohe Zufriedenheit mit der sozialen Integration gegeben erscheint (Tabelle 1). Dies ist gleichsam die andere, günstige Seite der angesprochenen sozialdemographischen Entwicklungen.

Zwei weitere Befunde unserer Untersuchungen seien hier noch angemerkt. Zum einen zeigte sich durchgängig eine verhältnismäßig geringe Zufriedenheit mit den politischen Partizipations- und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten von zwischen rund 38 Prozent (2004 in Görlitz) und knapp 49 Prozent (2014 im Landkreis Görlitz) vorwiegend Zufriedenen mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten. Also im gesamten Zeitraum erscheint weniger als die Hälfte der Befragten mit diesem sehr wichtigen Element einer aktiven Demokratie und einer demokratischen politischen Kultur zufrieden.¹⁰

Ein anderer bedenklicher Aspekt, der im Zeitverlauf festzustellen war, betrifft die Beurteilung der Osterweiterung der Europäischen Union (Tabelle 2).

Im Jahr 2004, als dieser Aspekt erstmalig erhoben wurde, betrachteten in Görlitz 10 Prozent der Befragten die EU-Erweiterung „sehr positiv“ und weitere 23 Prozent „eher positiv“. Fast die Hälfte der Befragten (47,1 Prozent) ließen eine ambivalente Haltung erkennen. „Eher negativ“ beurteilen 13 Prozent die EU-

Erweiterung und 5,7 Prozent äußerten dazu eine „sehr“ negative Meinung. Den 33,6 Prozent mit einer überwiegend positiven Einschätzung stand also 18,7 Prozent mit einem eher negativen gegenüber. Im Jahr 2012 stellten sich in Görlitz diese Anteile bereits deutlich anders dar. Es waren nur noch insgesamt 17,7 Prozent der Befragten, die die EU-Erweiterung „sehr positiv“ (4,4 Prozent) oder „eher positiv“ (13,3 Prozent) bewerteten, zu einem überwiegend negativen Urteil kamen indes 36,2 Prozent, von denen 24,9 Prozent diesen europäischen Vorgang „eher negativ“ und 11,3 Prozent, die ihn „sehr negativ“ sahen. Mit „teils/teils“ antworteten 43,7 Prozent der befragten Bürger. Nochmals etwas ungünstiger erscheinen die diesbezüglichen Befunde der Bürgerbefragung 2014 im Landkreis Görlitz: Zu einer vorwiegend positiven Einschätzung kommen nunmehr lediglich 13,5 Prozent der Befragten, davon äußerten sich 2,8 Prozent „sehr positiv“ und 10,7 Prozent „eher positiv“. „Teils/teils“ lautete die Antwort von etwa der Hälfte (48,1 Prozent) der Befragten, vorwiegend negativ bewerteten 37,4 Prozent die EU-Erweiterungen, davon 26,6 Prozent „eher negativ“ und 10,8 Prozent „sehr negativ“. Es zeigte sich auch eine enge Wechselwirkung mit der Beurteilung der Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Sicherheit. Zudem stellte sich eine noch etwas ungünstigere Beurteilung der Erweiterung des Schengen-Raums und seiner Sicherheitsauswirkungen durch die Bürger heraus.¹¹

Sind die Bewohner der östlichen Grenzgebiete Sachsens oder die Einwohner des Freistaates überhaupt angesichts solcher Befunde besonders demokratiekritisch, europaskeptisch oder fremdfeindlich einzuschätzen? Zunächst sei darauf hingewiesen, dass sich eine deutliche

Zufriedenheit mit der sozialen Integration vor Ort

Umfrage	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	k. A.
Soziale Integration LK Görlitz 2014	211 (18,2 %)	728 (62,8 %)	176 (15,2 %)	16 (1,4 %)	28 (2,4 %)
Görlitz 2012	21,9 %	60,7 %	14,3 %	1,4 %	1,8 %
Hoyerswerda 2008	18,3 %	62,8 %	14,6 %	1,6 %	2,7 %
Görlitz 2004	18,0 %	64,0 %	13,9 %	1,8 %	2,2 %
Hoyerswerda 2002	11,8 %	65,1 %	17,0 %	2,3 %	3,8 %
Görlitz 1999	12,6 %	67,5 %	15,5 %	2,1 %	2,3 %
Hoyerswerda 1998	9,6 %	65,4 %	18,9 %	2,4 %	3,8 %

Umfrage	sehr positiv	eher positiv	teils/ teils	eher negativ	sehr negativ	k. A.
LK Görlitz 2014	32 (2,8 %)	124 (10,7 %)	557 (48,1 %)	308 (26,6 %)	125 (10,8 %)	13 (1,1 %)
Görlitz 2012	4,4 %	13,3 %	43,7 %	24,9 %	11,3 %	2,3 %
Hoyerswerda 2008	5,5 %	18,4 %	54,5 %	14,3 %	5,0 %	2,3 %
Görlitz 2004	10,2 %	23,4 %	47,1 %	13,0 %	5,7 %	0,6 %

Beurteilung der EU-Erweiterung durch die befragten Bürger

Verschiebung im Meinungsbild zur EU-Erweiterung erkennen lässt. Waren es 2004 in Görlitz und 2008 in Hoyerswerda jeweils etwa 19 Prozent, die die EU-Erweiterung vorwiegend negativ sahen, aber rund ein Drittel (33,6 Prozent) in Görlitz und knapp ein Viertel (23,9 Prozent) in Hoyerswerda, die zu einer positiven Einschätzung gelangten, so waren es bereits 2012 in Görlitz gut über ein Drittel (36,2 Prozent), die zu einer negativen, und nur 17,7 Prozent, die zu einer positiven Beurteilung neigten. Im Landkreis Görlitz waren es 2014 sodann ebenfalls 37,4 Prozent, die vorwiegend zu einer negativen Meinung und lediglich 10,5 Prozent, die eher zu einer positiven Einschätzung der europäischen Erweiterungsprozesse tendieren. Also haben wir es nur teilweise mit entsprechenden, stabilen Grundeinstellungen zu tun, während sich andererseits vermutlich eher zeit- und erfahrungsbedingte Veränderungen ergeben haben. Zur besseren Einordnung und Interpretation solcher und ähnlicher Befunde sei im Hinblick auf entsprechende Aspekte des sozialen Bewusstseins noch ein weiterer analytischer Gesichtspunkt angesprochen, nämlich der der „kollektiven Identität“, der nicht zuletzt den wichtigen Unterschied zwischen nationalkulturell und nationalstaatlich orientierten wertkonservativen Einstellungen und gesellschaftsbezogenen Grundhaltungen und extrem nationalistischen, fremdfeindlichen und mithin auch rechtsextremistischen Erscheinungen differenzierter erfassbar und damit zutreffender einordenbar und interpretierbar macht.

Aspekte der kollektiven Identität und das Fallbeispiel Sachsens

Unter den für die politische Kultur besonders relevanten Wertorientierungen und Einstellungen finden sich allemal grundlegende Aspekte der „kollektiven Identität“. Dabei erscheinen allerdings nach wie vor große diesbezügliche Missverständnisse gegeben, denen man nur

durch eine differenziertere Fassung und insbesondere dynamische Auffassung dieses Konzeptes kritisch begegnen kann. In aller gebotenen Kürze sei daher darauf hingewiesen, dass die mit der kollektiven Identität zusammenhängenden Fragen der subjektiven Selbstzurechnung und Zugehörigkeit zwar auch in modernen Gesellschaften eine sehr wichtige Rolle spielen, dass es dabei aber zu berücksichtigen gilt, dass wir es mit einer zunehmenden Pluralität entsprechender Bezugsgrößen, von familialen sowie berufs- und statusbezogenen oder religiösen über lokale und regionale bis zu nationalen und europäischen Zurechnungseinheiten zu tun haben, zwischen denen häufig relativ komplizierte und zugleich recht dynamische Wechselbeziehungen bestehen können.¹² Dabei ist aus meiner Sicht vor allem auch wichtig, zwischen entsprechenden normativen Einstellungen und Überzeugungen einerseits und unmittelbar verhaltensrelevanten Bezügen andererseits zu unterscheiden. Je nach sozialen Lagen und situativen Handlungskonstellationen können bestimmte kollektive Identitätsbezüge als maßgebliche Orientierungen oder Motive des Handelns, als „subjektiv gemeinter Sinn“ im Verständnis Max Webers,¹³ stärker oder schwächer handlungswirksam in Erscheinung treten. Auch ist davon auszugehen, dass zum Beispiel europäische, nationale und regionale Identitätsbezüge sich in bestimmten Konstellationen oder Handlungssituationen überlagern und verstärken und mithin in die gleiche Handlungsrichtung wirken, in anderen aber in einem spezifischen Spannungsverhältnis oder Konflikt miteinander stehen können. Ebenso können bestimmte kollektive Identitätsbezüge, zum Beispiel regionale oder nationale, in einer kulturell fremden Umgebung, in der ein Individuum schon länger lebt, normativ stark ausgeprägt, aber kaum verhaltensrelevant erscheinen.¹⁴ Oder umgekehrt, im subjektiven Sinn schwach ausgeprägte normative Identitätsbezüge, zum Beispiel die Identität als Europäer oder als Christ, die unter norma-

12 Siehe dazu ausführlicher Sterbling, Anton: Kollektive Identitäten. Anwendungsmöglichkeiten einer Analysekategorie, in: Sterbling, Anton: Verwerfungen in Modernisierungsprozessen. Soziologische Querschnitte, Hamburg 2012, S. 155-193.

13 Siehe: Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage Tübingen 1980.

14 So hat beispielsweise für mich meine Identität als „Banater Schwabe“ eine relativ große normative wie auch subjektive und emotionale Bedeutung, ist für meine alltäglichen Handlungsmuster und Verhaltensweisen in meiner derzeitigen sächsischen Lebensumwelt aber weitestgehend irrelevant. Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: Grenzgänge, Heimat, Wanderungen. Narrative über das zerbrochene Sinnmuster der Vergangenheit, Ludwigsburg 2013.

15 Im Freistaat Bayern oder auch in großen Teilen von Rheinland-Pfalz dürfte es sich ähnlich verhalten.

16 Zur historischen Bedeutung von Nationalstaaten und ihren Grenzen siehe eingehender Sterbling, Anton: Historisch-soziologische Fragen der Grenzen in Europa, in: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock. Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016, S. 53-85, insbesondere S. 60 ff.

len Lebensumständen weitgehend selbstverständlich und mithin auch entsprechend irrelevant erscheinen, können in bestimmten Ausnahmesituationen, nicht selten auch ganz unerwartet, eine sehr große Handlungsbedeutung bekommen, obwohl sie im allgemeinen normativen Selbstverständnis lediglich einen geringen Stellenwert besitzen. Etwa, wenn man zufällig in die Geiselhaft von islamistischen Terroristen gerät, die einen entsprechenden Unterschied zwischen ihren Geiseln und in deren Behandlung machen. In einer solchen Ausnahmesituation werden die Identitätsbezüge als Europäer oder als Christ – in diesem Falle als lebensbedrohliche Diskriminierungskriterien – besonders relevant.

Es gilt also, so können wir unsere bisherigen Überlegungen resümieren, die multiple Identität moderner Menschen ebenso zu berücksichtigen wie den Unterschied zwischen normativen und verhaltensrelevanten Aspekten kollektiver Identität und ebenso die Verschiedenheit und Vielgestaltigkeit der sozialen Konstellationen und Handlungssituationen, in denen verschiedene Facetten der kollektiven Identität relevant werden und damit mehr oder weniger intensiv und folgenreich in Erscheinung treten können. Dies ist in Analysen entsprechender Wertorientierungen und Wertbezüge und ihrer Relevanz als subjektive Sinnmuster des Handelns stets zu berücksichtigen, wobei auch noch die individuelle, die gruppenspezifische und die gesamtgesellschaftliche Aggregatebene der Betrachtungen tunlichst auseinander zu halten sind.

Bei aller demnach gebotenen Vorsicht und allen notwendigen Relativierungen kann man wahrscheinlich doch die Hypothese vertreten, dass die Bürger des Freistaates Sachsen im Vergleich zu den Deutschen in den meisten, aber wahrscheinlich nicht allen anderen Bundesländern,¹⁵ insgesamt ein etwas ausgeprägteres regionales und vermutlich auch stärkeres nationales Identitätsbewusstsein haben. Dabei sollte man – in deutlicher Absetzung von den heute oft geläufigen öffentlichen wie auch politisch und wissenschaftlich nicht selten vertretenen Auffassungen – einen dezidierten Unterschied zwischen nationalkulturell und nationalstaatlich ausgerichteten, patriotischen Wertüberzeugungen einerseits und betont nationalistischen, die im Sinne einer kollektiven Identitäts- und Integrationsideologie stets auch eine mehr oder weniger aggressive fremdenfeindliche Komponente aufweisen, andererseits vornehmen. Im Sinne dieser Unterscheidung dürften erhebliche Teile der

Bevölkerung Sachsens im Hinblick auf ihre regionalen und nationalen Identitätsbezüge wohl als „wertkonservativer“ als die Bevölkerungen vieler anderer Bundesländer, aber vermutlich nicht als „nationalistischer“ zu charakterisieren sein.

Wird dabei auch der vorhin herausgestellten Unterschied zwischen normativen und unmittelbar handlungsrelevanten Aspekten kollektiver Identitätsbezüge berücksichtigt, kann man wohl feststellen, dass es in Sachsen in einem gewissen, sicherlich unerfreulichen und ohne Zweifel auch bedenklichen Umfang extrem nationalistische, aggressiv fremdenfeindliche und mithin auch als rechtsextremistisch einzuordnende Gesinnungen und Tätergruppen gibt, dass dieses Bevölkerungssegment, das vielfach – wie bereits angedeutet – aus „Verlierern“ der Modernisierungs-, Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse besteht, aber keineswegs zu verwechselt, sondern klar abzugrenzen ist von den relativ großen wertkonservativen Teilen der sächsischen Bevölkerung. Sowohl die vorhin umrissenen sozialstrukturellen und sozialdemographischen Überlegungen wie auch die Anmerkungen zur „kollektiven Identität“ sprechen deutlich für eine solche konsequente Unterscheidung zwischen wertkonservativen, nicht selten ländlichen wie auch bürgerlichen oder kleinstädtischen Bevölkerungsgruppen einerseits und rechtsextremistischen Gruppierungen im Freistaat Sachsen andererseits, neben denen es natürlich auch rechtsliberale und linksliberale soziale Milieus und übrigens auch gleichermaßen besorgniserregende linksextremistische Gruppierungen und Milieus und gewalttätige Aktivisten gibt.

Hintergründe der gängigen Missverständnisse über Sachsen

Seit mehreren Jahrzehnten – mit den fortschreitenden und dabei vielfach immer umstritteneren europäischen Erweiterungs- und Integrationsprozessen zusammenhängend – wird von bestimmten, intellektuell und politisch durchaus einflussreichen Kreisen eine Ideologie verbreitet, die darauf abzielt, die bestehenden Nationalstaaten zu Gunsten supranationaler Strukturen zu schwächen oder schrittweise aufzulösen, ihren Bestand als obsolet zu betrachten und ihren Fortbestand als problematisch und gefährlich zu erklären. In Deutschland sind solche, vornehmlich von bestimmten Strömungen der Grünen und Linken vertretene Positionen und politische Bestre-

bungen besonders auffällig und zugleich durchaus wirkungsmächtig. Dabei werden durch ideologische Verkürzungen, mangelnde historische Kenntnisse und gesellschaftsbezogene Irrtümer die fundamentale Bedeutung erfolgreicher Prozesse der modernen Staaten- und Nationenbildung und der nationalstaatlichen Entwicklungen in der abendländischen Modernisierung¹⁶ weitgehend verkannt wie überhaupt die institutionellen und kulturellen Grundlagen moderner Staatlichkeit und ihrer demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Funktionsfähigkeit übergangen und durch leichtfertige utopische oder illusorische Vorstellungen, die sich in Parolen wie „No Borders, No Nations“ radikal, aber durchaus bezeichnend artikuliert finden, ersetzt. Im Lichte solcher ideologischer Leitvorstellung und Gesinnungen wird natürlich kein Unterschied mehr zwischen nationalkulturell und nationalstaatlich orientierten, wertkonservativen Einstellungen, Weltanschauungen, Haltungen und nationalistischen und rechtsextremistischen Erscheinungen und Tendenzen vorgenommen, wie auch die anfangs erwähnte polemische „Wutrede“ des „Grünen“ Spitzenpolitikers hinreichend erkennen ließ.

Mit den Massenzuwanderungsprozessen, insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2015, die mit der gesinnungsethischen Entfesselung und emotionalen Aufladung einer um sich greifenden „Willkommenskultur“ auf der einen Seite und starken Irritationen und Widerständen größerer Teile der Bevölkerung auf der anderen Seite einhergingen, spitzten sich auch nochmals die angedeuteten Auseinandersetzungen um den Stellenwert und die Verfassung des Nationalstaates in Deutschland zu. In einem anderen Betrachtungszusammenhang hielt ich dazu fest: „Es scheint so, dass, nachdem das in den 1960er und 1970er Jahren von den sozialrevolutionären Linken verfolgte Projekt einer antikapitalistischen Revolution nicht verwirklicht war, aber der ökologische und pazifistische ‚Umweg‘ gleichwohl einen deutlichen politischen Macht- und Einflussgewinn, durch die permanente parlamentarische Vertretung der ‚Grünen‘ und ‚Linken‘ sowie eine zumindest gelegentliche Regierungsbeteiligung wie auch eine starke Definitionsmacht im Hinblick auf die öffentliche Meinung und den vorherrschenden Zeitgeist herbeiführte, nunmehr der Weg über die ‚Entmachtung‘ des Nationalstaates durch Souveränitäts- und Kompetenzverlagerungen auf die supranationale Ebene, insbesondere der Europäischen Union, Forcierung

einer sozialen Umverteilungs- und Transferunion und eben durch die Herbeiführung einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft als durchaus erfolgsversprechender gesellschaftsverändernder Weg betrachtet wird. Als soziale ‚Revolution‘ auf Umwegen so zu sagen, wie sich nicht zuletzt an der linken Begeisterung für die Revolutionsrhetorik und für die Revoluzzerallüren eines Alexis Tsipras in bezeichnender Weise zeigte.“¹⁷

Nun haben sich, ebenso wie die Massenzuwanderungen, mit der allmählichen Realisierung ihrer weitreichenden und komplizierten Probleme, auch die Begeisterung für die „Willkommenskultur“ und die weitgespannten Erwartungen in ihre gesellschaftsverändernden Wirkungen abgeschwächt und sind eher einer verbreiteten Ernüchterung und Desillusionierung gewichen.

In einer solchen europaweiten gesellschaftlichen Ausnahmesituation und einer entsprechend aufgeheizten Stimmung suchte indes der „revolutionäre Weltgeist“ auch in Deutschland seine konkreten Feinde und diese wurden, nicht zuletzt durch bestimmte Vorkommnisse und das Zutun der Massenmedien, unter anderem im „institutionalisierten Rassismus“ in Sachsen, der angeblich notorischen „Fremdfeindlichkeit“ großer Teile seiner Bevölkerung und dem permanenten „Wegschauen“ seiner Regierungen gefunden. Sich von Sachsen kritisch zu distanzieren und seine Bürger zu stigmatisieren, scheint in Deutschland zu so etwas wie dem Nachweis der richtigen und dabei natürlich auch linken Gesinnung geworden zu sein.¹⁸ Erstaunlich und höchst fragwürdig erscheint dabei, dass sich auch durchaus seriöse Medien und verantwortungstragende Politiker zumindest zeitweilig zu solch grobschlächtiger, weitgehend undifferenzierter und pauschalisierender wie auch empirisch unhaltbarer Polemik, zu solcher Hetzjagd, hinreißen ließen. Dies führte auf der anderen Seite wohl auch zu verbreitetem Unverständnis, zu wachsenden Irritationen und Entfremdungen und auch zu entsprechenden, teilweise ebenfalls gesinnungsethisch motivierten Gegenreaktionen verschiedener Teile der betroffenen Bevölkerung. Und – so muss man abschließend tief besorgt feststellen – zu einem bislang nur schwer abzuschätzenden, aber sicherlich gravierenden Schaden für die politische Kultur und das zivilisierte Zusammenleben in Sachsen und darüber hinaus. Es ist leider zu befürchten, dass die Geister, die man leichtfertig rief, nur schwer wieder zu kalmieren sein werden.

17 Sterbling, Anton: Massenzuwanderung und Integrationsfragen. Dilemmata und kritische Nachfragen, in: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock. Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016, S. 31-52, insbesondere S. 44.

18 Siehe dazu als mehr oder weniger willkürliches Beispiel, dem man Hunderte andere in ähnlicher Diktion und Geisteshaltung hinzufügen könnte, die so bezeichnete „Wutrede“ der Schauspielerin Annedore Bauer. Es ist schon selbstredend, mit welcher Intoleranz die Autorin meint, alles, das sich den Kategorien ihres Weltbildes nicht fügt, konsequent brandmarken zu müssen. Ganz so, als ob andere Bevölkerungsgruppen kein Recht auf eigene Wertvorstellungen und ein eigenes Weltbild hätten, sondern die ideologisch fixierten Wertmaßstäbe selbstgerechter linker Künstler gleichsam selbstverständlich über allem stünden. Siehe Bauer, Annedore: Warum ist Sachsen so rechts? Die CDU lässt zu, dass sich die Rechtsextreme in Sachsen Fleisch anfressen, in: Tagesspiegel, vom 10. Juni 2016, online: <https://causa.tagesspiegel.de/die-cdu-lasst-zu-dass-sich-rechts-extreme-in-sachsenfleisch-anfressen.html> (Abgerufen: 12.6.2016). Siehe kritisch zu solchen links-dogmatischen Anmaßungen auch Sterbling, Anton: Rückkehr in ein ideologisches Zeitalter entmündigter Bürger?, in: Sterbling, Anton: Europa zwischen Realität und Verblendung, Hamburg 2016, S. 133-141.

Autor

Prof. Dr. Anton Sterbling
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)
Friedensstraße 120
02929 Rothenburg/O.L.